

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300342/7 - Schi

Linz, am 15. September 1988

DVR.0069264

Bundesgesetz über Eisenbahn-
Hochleistungsstrecken (Hoch-
leistungsstreckengesetz)
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ. 210.779/6-II/2-1988 vom 29. Juli 1988

An das

Bundesministerium für öffent-
liche Wirtschaft und Verkehr

Radetzkystraße 2
1031 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z	61 - GE 2 88
Datum:	21. SEP. 1988
Verteilt:	27. SEP. 1988

Klausgruber

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 29. Juli 1988 versandten Gesetzentwurf wie
folgt Stellung zu nehmen:

Zu § 1:

Wie aus den Erläuterungen hervorgeht, orientiert sich der
gegenständliche Entwurf an grundsätzlichen Regelungen, wie
sie für den Bundesstraßenbau seit Jahren bestehen. Im Gegen-
satz zu den Bestimmungen des Bundesstraßengesetzes 1971
(BStG 1971) sind die Hochleistungsstrecken jedoch nicht
taxativ aufgezählt; sie werden erst von der Bundesregierung
durch Verordnung zu Hochleistungsstrecken erklärt. Weiters
mangelt es dem gegenständlichen Gesetzentwurf an einer kon-
kreten Definition einer Hochleistungsstrecke. Zudem fehlt -
ähnlich § 3 BStG 1971 - eine Aufzählung der Bestandteile
einer Hochleistungsstrecke sowie eine nähere zweckmäßige
Einteilung, etwa in Hochleistungsstrecken und Hochgeschwin-
digkeitsstrecken. § 1 scheint also Art. 18 B-VG, wonach das

- 2 -

Verwaltungshandeln ausreichend zu determinieren ist, zu widersprechen.

Zu § 3:

Auch Trassenänderungen bis 100 m können erhebliche Auswirkungen auf die bestehende Raumstruktur bewirken; derartige Trassenänderungen sollten daher nicht als bloße Ausbaumaßnahmen qualifiziert und daher vom Erfordernis der Erlassung einer Verordnung über den Trassenverlauf ausgenommen werden, weil in weiterer Folge der gesamte hiefür vorgesehene Verfahrensablauf (Anhörung der betroffenen Länder und Gemeinden) entfallen würde. Nach h. Ansicht ist eine Änderung "geringen Umfanges" nur dann gegeben, wenn eine Trassenänderung im Bereich des (bestehenden) Bahngrundes vorgenommen wird. Außerdem sind für Hochleistungsstrecken auf bestehenden Eisenbahnanlagen bzw. bei Trassenänderungen "geringeren Umfanges" überhaupt keine Schutzmaßnahmen für die Umwelt vorgesehen.

Zu § 4:

Da das geltende Eisenbahngesetz 1957 keine Maßnahmen zum Schutz der Umwelt vorsieht, wäre im vorliegenden Gesetzentwurf - als lex specialis - Sorge dafür zu tragen, daß die Genehmigungsbehörde dem Projektswerber Vorschreibungen zum Schutz gegen Lärmbelästigungen und andere nachteilige Eingriffe erteilen kann. Analog § 4 Abs. 5 BStG 1971 sollte weiters im Abs. 4 vorgesehen werden, daß innerhalb der Auflagefrist jedermann schriftlich eine Äußerung bei der Gemeinde einbringen kann, wobei die berührten Gemeinden diese Äußerungen gesammelt zusammen mit ihrer Stellungnahme dem Landeshauptmann zu übermitteln haben. Die imperative Fassung

- 3 -

der Einräumung eines Rechtes zur Stellungnahme durch die Länder in Abs. 5 erscheint legislativ ungewöhnlich; weiters ist die durch die Hervorhebung bestimmter in die Landeskompetenz fallender Materien vorgenommene Gewichtung abzulehnen. Welche Gesichtspunkte das Land aus bestimmten Überlegungen in den Vordergrund rückt, muß diesem überlassen bleiben und könnte allenfalls in den Erläuterungen als Hinweis angeführt werden.

Zu § 5:

Nach Abs. 1 und 2 soll nicht nur die bis zu 300 m breite Trasse (§ 3 Abs. 2) vom Bauverbot betroffen sein, sondern das gesamte Grundstück, welches die künftige Trasse berührt. Dies dürfte jedoch sachlich nicht gerechtfertigt sein, sodaß das Bauverbot - wie § 15 Abs. 1 BStG 1971 - lediglich auf die von der Trasse betroffenen Grundstücksteile beschränkt werden sollte.

Zu § 13:

Die Beschränkung der Rückübereignungsverpflichtung in Abs. 2 auf nur durch Enteignung erworbener Grundstücke ist jedenfalls zu eng. Der Anspruch auf Rückübereignung müßte sich auch auf nach § 5 Abs. 4 eingelöste Liegenschaften erstrecken.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. Wolfgang Pesendorfer

b. w.

- 4 -

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300342/7 - Schi

Linz, am 15. September 1988

DVR.0069264

a) Allen
 oberösterreichischen Abgeordneten zum
 Nationalrat und zum Bundesrat

b) An das
 Präsidium des Nationalrates
 1017 W i e n , Dr. Karl Renner-Ring 3

(25-fach)

c) An alle
 Ämter der Landesregierungen

d) An die
 Verbindungsstelle der Bundesländer
 beim Amt der NÖ. Landesregierung
 1014 W i e n , Schenkenstraße 4

zur gefälligen Kenntnis.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. Wolfgang Pesendorfer

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

